

Herrschende Irrlehre

von

Heiner Flassbeck

Capital, Januar 2012

Warum gelingt es auch im vierten Jahr nicht, die Krise der Weltwirtschaft, die mit der Krise der Finanzwirtschaft 2008 begann, zu überwinden? Die Antwort ist einfach: Die Krise ist vor allem eine Krise der ökonomischen Theorie und diese hat sich einer radikalen Veränderung bis jetzt verweigert. Die Politik ist nur das Opfer der ökonomischen Mythen und Dogmen. Nehmen wir ein einfaches, ja, das einfachste Beispiel: Kaum hatte die Krise der Finanzmärkte begonnen, waren die meisten Ökonomen fest davon überzeugt, dass das „billige Geld“ der amerikanischen Zentralbank die Krise verursacht hatte. Als die Krise jedoch in voller Stärke ausbrach, machten fast alle Zentralbanken der Welt das Geld noch billiger. Wie aber kann ein Faktor, der für die Krise verantwortlich ist, auch gleichzeitig der entscheidende Schritt zu ihrer Lösung sein?

Obwohl das Geld weltweit nun so billig war wie nie zuvor, sagten die meisten Ökonomen allerdings nicht eine neue Finanzkrise, sondern trotz Rezession eine baldige Inflationsbeschleunigung für die Gesamtwirtschaft voraus. Wieso wirkt expansive Geldpolitik einmal fast ausschließlich auf den Finanzmärkten inflationär, das nächste Mal auf die gesamte Wirtschaft, also auf die Güterpreise im Warenkorb der Verbraucher? Kaum ein Beispiel zeigt besser, wie hilflos die herrschende ökonomische Lehre Phänomenen gegenübersteht, die eigentlich keine große intellektuelle Herausforderung darstellen. Volkswirtschaftslehre heutzutage schafft nicht einmal den Versuch einer wissenschaftlichen Herangehensweise, sondern ist so sehr blockiert von ihren Mythen, dass selbst einfache Sachverhalte nicht verstanden werden.

Was tut eine Zentralbank, wenn, wie im Jahre 2001 in den USA, gerade ein große schuldenfinanzierte Spekulationsblase geplatzt ist und die Entschuldungsspirale der Banken und Unternehmen droht, die Realwirtschaft schwer in Mitleidenschaft zu ziehen? Nun, sie senkt die Zinsen. Spätestens wenn danach tatsächlich ein Aufschwung in Gang kommt, gleichzeitig aber neue Spekulationsblasen entstehen, würde jeder vernünftige Mensch auf die Idee kommen, dass die Spekulation das entscheidende Problem ist und nicht die Reaktion der Zentralbank auf die realwirtschaftlichen Folgen platzender Blasen.

Das aber kann der herrschende Ökonom nicht schlussfolgern, weil es ja den Mythos vom unfehlbaren, weil „effizienten“ Finanzmarkt ankratzen würde, den er auf jeden Fall aufrechterhalten muss, um sein Credo, will heißen, seine marktwirtschaftliche Überzeugung zu retten. Also hält er sich an die Zentralbank - immerhin eine staatliche Organisation - als Schuldige und sagt vorher, was ihm der Kanon der Standardvorhersagen über expansive Zentralbankpolitik abverlangt: Inflation.

Zwar gibt es keine Geldmengenexpansion, die der Monetarismus in den Vordergrund einer solchen Vorhersage geschoben hätte, auch gibt es keinen belastbaren empirischen

Zusammenhang zwischen einer Zinssenkungspolitik der Zentralbank und einer inflationären Beschleunigung, aber das tut dem Eifer des Ökonomen keinen Abbruch. Er besinnt sich einfach der historischen Tatsache, dass es noch niemals eine Inflation ohne eine Finanzierung durch die Geldpolitik gegeben hat und folgert daraus haarscharf, dass dauerndes Geldschaffen durch die Zentralbank nur in Inflation enden kann.

Das aber ist ein schwerwiegender logischer Fehler. Hier wird eine von niemandem bestrittene *notwendige* Bedingung zur Entstehung von Inflation kurzerhand für *hinreichend* erklärt. Das ist so, als ob jemand behauptet, die Ursache für zu schnelles Fahren und die Unfälle, die sich daraus ergeben, sei in der Tatsache begründet, dass man den Fahrern ein Auto zur Verfügung gestellt hat. Das aber wird kein vernünftiger Mensch akzeptieren. Er wird zwar zugeben, dass die Existenz des Autos eine notwendige Bedingung für die Unfälle war. Er wird jedoch einwenden, dass die Existenz eines Autos nicht zwingend zu Unfällen führt, so dass es regelmäßig falsch oder irrelevant ist, zu sagen, es sei die Existenz des Autos gewesen, die für den Unfall verantwortlich war.

So ist es mit dem Geld und der Inflation. Geld ist die notwendige, aber keineswegs die hinreichende Bedingung. Selbst wenn der Satz über die Finanzierung von Inflation richtig ist, folgt daraus nicht, dass immer dann, wenn es in irgendeinem Sinn »viel Geld« gibt (»zu viel Geld« ist keine sinnvolle Aussage, es ist eine Tautologie, also eine Aussage, die sich selbst bestätigt, weil sie nichts anderes zulässt, als den von ihr beschriebenen Zusammenhang), eine Inflation die Folge ist. Den Ökonomen ist es mit diesem Verstoß gegen einen zentralen Satz der Logik jedoch gelungen, der großen Mehrheit der Bürger weiszumachen, man müsse einfach mehr Geld ins System geben, und schon spränge die Inflation hinter dem nächsten Busch hervor.

Folglich wäre es für die Staaten ein Leichtes, mit ein wenig mehr Geld eine Inflation zu erzeugen, die dann die staatliche Schuld automatisch verkleinerte. Weit gefehlt. Japan hat genau das in den letzten zwanzig Jahren mit allen erdenklichen Mitteln versucht, und das Ergebnis ist: Deflation. In Europa versuchen alle Länder gerade, ihre Wirtschaftsprobleme über Lohnsenkung zu lösen. Das Ergebnis wird Deflation sein, ganz gleich wie viel Geld die Notenbanken gleichzeitig ins System pumpen.

Inflation hat nämlich jenseits des monetaristischen Dogmas genau zwei Ursachen bzw. eine Kombination aus beiden: hohe Nachfrage und stark steigende Kosten. Beides können Zentralbanken initiieren, wenn es ihnen gelingt, die Nachfrage anzuregen und in deren Gefolge die Löhne stark steigen. Ohne diese beiden Faktoren gibt es keine Inflation. Die Weltwirtschaft ist aber davon unglaublich weit entfernt. Daher kann von Inflation nicht die Rede sein. Weil die herrschende Lehre der Ökonomen das Dogma der ausschließlich die Inflation steuernden Zentralbank jedoch für ihren ideologischen Überbau braucht, kann sie den populären Vorurteilen nicht entgegentreten. Stattdessen beklagt sie die Tatsache, dass die „unabhängige“ Zentralbank in politische Abhängigkeit gerät. Und da passt die Inflationsgefahr besser als jedes andere Thema, selbst wenn es dafür keinerlei sachliche Grundlage gibt.

Die eigentlich relevante und empirisch hervorragend bestätigte Inflationstheorie, die zur Aufklärung einen riesigen Beitrag leisten würde, „darf“ der Mainstream-Ökonom nicht benutzen, weil sie zentrale Mythen in Frage stellen würde. Es lässt sich nämlich ohne weiteres zeigen, dass in allen modernen Volkswirtschaften in den letzten 60 bis 70

Jahren die Inflationsrate eindeutig und stabil von dem sog. Lohnstückkostenwachstum erklärt wird, also der Marge, um die der Zuwachs der gesamten Lohnkosten den der Arbeitsproduktivität übersteigt. In der Physik und jeder ernsthaften Wissenschaft würden die Forscher über einen solch stabilen Zusammenhang jubeln, weil er die Basis schafft für ein relevantes Modell, mit dem man gute Vorhersagen machen kann. Brechts Galilei sagt zu den Vertretern des herrschenden Dogmas: „Sie schauen einfach durch das Fernrohr und überzeugen sich“. Doch so einfach ist es in der Ökonomie nicht

Kein empirischer Zusammenhang wird mit größerer Konsequenz ignoriert als dieser. Würde man ihn zur Kenntnis nehmen, brächen nämlich gleich zwei zentrale Bausteine aus der herrschenden Ideologie heraus: Der flexible und sich selbst regulierende Arbeitsmarkt und die unabhängige, nur der Preisstabilität verpflichtete Zentralbank. Wenn die Preise den Lohnstückkosten folgen, kann man mithilfe sinkender Löhne eben nicht zum Gleichgewicht am Arbeitsmarkt zurückfinden, sondern erzeugt Deflation. Wenn die Lohnstückkosten entscheidend für die Inflationsrate sind, braucht man die Notenbank nicht mehr systematisch und permanent zur Inflationskontrolle, was Tür und Tor öffnet für Wünsche der Politik, die Notenbank auch zur Stimulierung der Investitionstätigkeit einzusetzen. Beides muss aus der Sicht des herrschenden Ökonomen verhindert werden, weil es den Mythos der Selbststabilisierung des marktwirtschaftlichen Systems, das nur eines geldpolitischen Rahmens, nicht aber des Eingreifens des Staates bedarf, grundsätzlich fragwürdig macht.

Diese Ignoranz wird auch die Europäische Währungsunion (EWU) zerstören - ein Kollateralschaden sozusagen bei der Verteidigung des Dogmas vom sich selbst stabilisierenden System. Da die Lohnstückkosten die Inflationsraten determinieren, kann man ebenfalls leicht zeigen, dass das Kernproblem der Währungsunion das Auseinanderlaufen der nationalen Inflationsraten und der Lohnstückkosten in den ersten zehn Jahren war, das eine riesige Lücke in der Wettbewerbsfähigkeit der meisten Staaten gegenüber Deutschland geschaffen hat. Würde man das aber zugestehen, müsste man auch sagen, dass Deutschland in massiver Weise gegen das in der Union vereinbarte Inflationsziel von leicht unter zwei Prozent verstoßen hat, weil in Deutschland die Löhne nicht entsprechend dem nationalen Produktivitätswachstum plus dem gemeinsamen Inflationsziel gestiegen waren. Würde das zugestanden, käme man nicht umhin, stärker steigende Löhne in Deutschland für allein kompatibel mit dem Inflationsziel zu erklären – ein eklatanter Verstoß gegen das Dogma vom flexiblen und sich allzeit selbst räumenden Arbeitsmarkt. So gibt man lieber das Inflationsziel auf und geht in eine Deflation, als von unhaltbaren Positionen abzulassen.

In unglaublicher Konsequenz wurde zudem, wiederum gegen jede Evidenz, das Märchen von der Staatsschuldenkrise erfunden, weil es als einziges in das Weltbild der herrschenden Lehre passt. Hier ist alles einfach und klar: der Staat ist der Böse, die Schuldenmacher haben die alleinige Schuld und Heilung gibt es nur für den, der die herrschende Lehre vollständig akzeptiert. Der Haken dabei ist nur, dass die Sache nicht funktionieren kann. Jetzt rächt sich, dass die gesamtwirtschaftliche Logik längst auf dem Altar der Marktideologie geopfert wurde. Ein Staat, der Staatsausgaben in einer Rezession kürzt und Druck auf die Löhne ausübt, kann in der Tat erfolgreich sein, wenn seine Währung nicht aufwertet, alle seine Handelspartner das Gegenteil tun und zudem den Konkurrenten ignorieren. Tun alle das Gleiche, wie es jetzt in der Währungsunion auf dem Programm steht, kürzen sie sich gegenseitig in Grund und Boden, verbessern

ihre Wettbewerbsfähigkeit gerade nicht, verschlechtern aber alle ihre binnenwirtschaftliche Lage.

So geht die Geschichte ihren Gang. Die Weltwirtschaft gerät in tiefes Wasser und Europa in einen Strudel. Man könnte das rettende Ufer erreichen. Doch der Preis ist für die meisten zu hoch: Man müsste ja abschwören den Dogmen und Mythen, die man in mühevoller Arbeit in den letzten 30 Jahren aufgebaut hat. Also geht man lieber unter und reißt noch viele, die keinerlei Schuld tragen, mit sich. So war es schon immer: Erst wenn alle Dämme brechen, hört man nicht mehr auf die Experten, die über Jahre erklärt haben, die Dämme seien absolut sicher.